

Europa-, Bundes- und Landtagswahlen im Land Brandenburg - Wahlprüfsteine des Waldbauernverbandes Brandenburg e.V. -

Antworten der Partei DIE LINKE

1. Europäische Ebene

Zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung gehören u.a. Schutz und Nutzung des Waldes. Wie sieht es mit Ihrer Forstpolitik auf der europäischen Ebene aus? Welche Verbesserungen haben Waldbauernfamilien von Ihnen bis 2013 zu erwarten?

Europa ist geprägt von ländlichen Räumen. Neben der Landwirtschaft, dem Gartenbau und der Fischerei ist die Forstwirtschaft ein wichtiger Bestandteil der Agrarwirtschaft und des Lebens auf dem Lande. DIE LINKE wird diese Branchen stärken und damit den ländlichen Räumen eine Zukunft geben. Der Wald bietet als natürliche Ressource Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten durch seine nachhaltige Bewirtschaftung. Die Umweltleistungen des Waldes sind monetär nicht erfasst. Einen Handlungsrahmen für zusätzliche Leistungen, Verbesserung der Biodiversität, Schutzfunktionen Boden, Klima, Wasserhaushalt bieten der EU-Forstaktionsplan und die ELER-Richtlinie. Dieser Rahmen muss von den Mitgliedsstaaten ausgefüllt werden.

Die Linke tritt für eine Integration der Forstpolitik in die Gemeinsame Agrarpolitik ein. Das bedeutet in der Umsetzung ein europäisches Instrument zur Unterstützung nachhaltiger Waldbewirtschaftung und damit die direkte Einflussnahme auf die Entwicklung und Erhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards.

In der Umweltpolitik wird sich DIE LINKE für die Schaffung verlässlicher Bedingungen bei der Ausweisung und der Behandlung von Natura 2000-Waldgebieten insbesondere für Entschädigungszahlungen für Nutzungseinschränkungen oder Nutzungsverzicht zugunsten der Waldbauern einsetzen.

DIE LINKE unterstützt die Waldbauernfamilien bei der Überwindung struktureller Defizite für eine nachhaltige ländliche Entwicklung, zu der insbesondere der Kleinprivatwald einen wichtigen Beitrag leisten kann.

(Helmut Scholz MdEP)

2. Bundesebene

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf das BWaldG. Hier geht es uns vor allem um eine Erweiterung der Aufgaben von Forstwirtschaftlichen Vereinigungen sowie deren Befreiung vom Wettbewerbsrecht.

Außerdem sehen wir Handlungsbedarf bei der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrarsektor und Küstenschutz). Wir fordern u.a. eine Ausschöpfung der Kappungsgrenzen nach der EU-DEMINIMIS-Regel bei den Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen.

Welche Maßnahmen werden Sie nach Ihrer Wahl ergreifen?

Für DIE LINKE ist der multifunktional genutzte Wald mit angepassten Wilddichten das Ziel. Wir benötigen daher Konzepte zur energetischen und stofflichen Nutzung von Holz unter Einhaltung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung. So kann der Wald Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten und bleibt auch in seiner ökologischen, Landschafts- und Erholungsfunktion erhalten.

Der Kleinprivatwald kann noch mehr leisten als bisher. Dort stehen erhebliche Holzvorräte. Dieses Potential soll ökonomisch erschlossen sowie ökologisch und sozial Gewinn bringend ausgeschöpft werden. Hierbei können die Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse eine herausragende Rolle spielen. Daher sind sie zu stärken.

DIE LINKE wir die bereits von uns in der 16. Wahlperiode beantragte Novelle des Bundeswaldgesetzes weiter in die Diskussion gebe und auch eine Novelle des Bundesjagdgesetzes anstreben. Mit beiden Gesetzesänderungen soll die Grundlage einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung gefestigt und damit der Branche auch weiterhin eine Zukunft gegeben werden. durch eine Änderung des Bundeswaldgesetzes könnten zum Beispiel die Handlungsmöglichkeiten der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen erweitert werden. Dies haben wir bereits in einem Antrag (16/9075) gefordert. Im Jahr 2007 sollte die Förderung für forstwirtschaftliche Vereinigungen so geändert werden, dass diese gestärkt würden. Auf Grund der DEMINIMIS-Regel wäre eine Grundförderung bis zu 66.000 € möglich, aktuell liegt sie nur bei 40.000 Euro.

Eine Änderung des Bundesjagdgesetzes müsste sowohl ein „Aufräumen“ bei den bejagbaren Arten, auch eine grundsätzlich auf das Wohl des Waldes ausgerichtete Jagdpolitik beinhalten. Die Forschungsaktivitäten der Agrarressortforschung bei Wildtieren muss deutlich gestärkt werden – sowohl hinsichtlich eines tierschutzgerechten, den Standortbedingungen angepassten Populationsmanagements als auch bezogen auf ihre Rolle als Reservoir und Überträger von Infektionskrankheiten und ihre Wirkung auf andere Populationen und Biotope.

(Dr. Kirsten Tackmann, MdB)

3. Landesebene

Im Land Brandenburg ist die Situation der Privat- und Körperschaftswaldbesitzer sehr differenziert. Nur ca. 1/4 der Waldfläche und weniger als 1/5 der Kleinwaldbesitzer ist organisiert; von den ca. 400 Forstbetriebsgemeinschaften arbeiten nur wenige tatsächlich professionell und erfolgreich.

Der Waldbauernverband Brandenburg e.V. hat sich mit zahlreichen Initiativen und Vorschlägen bzgl. zukunftsfähiger Strukturen in die Debatte um die Forstreform eingebracht. Bisher wurde davon wenig aufgegriffen und eine Lösung der Probleme ist nicht in Sicht.

Wann kommt die Trennung von Hoheitsverwaltung und Forstbetrieb bei der Landesforstverwaltung (LFV), damit die Waldbauern endlich eine neutrale behördliche Beratung erhalten? Sehen Sie Möglichkeiten, dass die LFV - gemeinsam z.B. mit unserem Verband - im Rahmen von Projekthilfe den Kleinprivatwald wirtschaftlich tragfähig aufzustellen?

Die Situation des Kleinprivatwaldes haben Sie treffend beschrieben. Zur Verbesserung dieser bereits seit Jahren bestehenden unbefriedigenden Situation hat DIE LINKE mehrere Anträge in den Landtag eingebracht. Mit der Nichtnutzung von jährlich ca. 1 Mio. Festmeter nachhaltig nutzbaren Holzes, entsteht ein volkswirtschaftlicher Nachteil, der sich u.a. in einem Verlust von bis zu 10.000 Arbeitsplätzen ausdrücken lässt. Wir werfen der Landesregierung vor, sich nur ungenügend für die Überwindung der strukturellen Nachteile des Kleinprivatwaldbesitzes engagiert zu haben. Durch die Anhebung der Entgelte beispielsweise wurden teils langjährige vertragliche Beziehungen aufgegeben und ist die Zahl der forstlichen Zusammenschlüsse zurückgegangen. Dieser Rückgang wird auch nicht durch Dritte am Markt aufgefangen. Insofern sehen wir in einem weiteren Rückzug der Landesforstverwaltung aus der Betreuung des Kleinprivatwaldes nicht die Lösung des Problems. Wir hätten erwartet, dass die Umsetzung des auf Antrag der LINKEN erstellten Konzeptes für den Kleinprivatwald in Angriff genommen worden wäre. DIE LINKE geht davon aus, dass sich die Qualität der behördlichen Beratung (so genannte schlichte Hoheit) an den Aufgaben des Landeswaldgesetzes orientiert und unternehmerische Interessen nachrangig sind. Insofern steht die Frage nach der Trennung von Hoheitsverwaltung und Forstbetrieb, die ab 2010 zu erwarten ist, nicht im Zusammenhang mit der Qualität der Privatwaldbetreuung. Vielmehr ist durch die radikale Personalreduzierung der Landesforstverwaltung bis 2014 um 40% mit einer allgemein schlechteren Aufgabenerfüllung zu rechnen, die kaum durch private Anbieter kompensiert werden kann. Neben der Förderung von Zusammenschlüssen sieht DIE LINKE auch durch Entlastungen bei den Beiträgen zur Gewässerunterhaltung und der Berufsgenossenschaft einen Weg, die Ertragssituation so zu verbessern, dass eine Bewirtschaftung des Waldes lohnend ist.

(Kornelia Wehlan MdL)